

LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
184 · Ausgabe TG · September 2019



Jetzt zählt jede Stimme – hilfst DU mit, den Thurgau nach links zu rücken?



Julian Fitze, Co-Wahl-
kampfleiter und Sekretär
SP Thurgau

Die «heisse Phase» des Wahlkampfs ist angebrochen. Die Wahlcouverts liegen bei den Wahlberechtigten zuhause oder sind bereits abgeschickt. Am 20. Oktober 2019 wollen wir die Blockadepolitik brechen. Beim Klima, bei der Gleichstellung, bei den Gesundheitskosten und dem Recht auf Arbeit braucht es dringend andere Mehrheiten. Im Thurgau haben wir mit der grossen Listenverbindung mit den Grünen und der GLP erstmals seit Jahren wieder die realistische Chance, einen zweiten Sitz für die ökologische Seite zu

gewinnen. Ob im National- oder Ständerat: Nutzen wir sie!

Die SP tritt mit überzeugenden Persönlichkeiten zu den National- und Ständeratswahlen an. Für jede einzelne und jeden einzelnen unserer Kandidierenden lohnt es sich, im Wahlkampf Stimmung zu machen. Jetzt ist die Phase der Mobilisierung gekommen: Gerade auch im Kanton Thurgau ist entscheidend, wer «seine» Sympathisant*innen an die Urne bringt. Die Erfahrung zeigt: Die persönliche Ansprache ist dafür das effektivste Mittel. Hilfst DU mit, dein Umfeld an die Urne zu bringen?

■ **Am Telefon:** Wir erinnern 3000 Thurgauer*innen an die Wahl! An 19 Anlässen in Arbon, Diessenhofen, Frauenfeld, Kreuzlingen und Weinfelden telefonieren wir mit unseren Freundinnen, Freunden, SP-SympathisantInnen oder Nachbarn. Kommst du auch?

■ **Auf der Strasse:** Zwischen dem 1.10. und 19.10. findet ihr unsere Ständeratskandidatin Nina Schläfli fast jeden Tag auf der Strasse. Hilfst du mit, die Pendler*innen an die Wahl zu erinnern?

■ **Per handgeschriebene Postkarte:** Eine handgeschriebene Postkarte freut uns nicht nur in der Ferienzeit. Auch eine Wahlempfehlung kommt mit persönlichem Gruss am besten an. Bestelle jetzt 12 Postkarten und verschicke sie an dein Umfeld!

■ **Flyer in die Briefkästen:** Wer Spaziergänge liebt, kennt seine direkte Umgebung, wie es ein FDP-Algorithmus niemals könnte. Die SP hat kein Geld, um jeden Haushalt mit einem Propagandablatt zu versorgen. Dafür haben wir dich! Bestelle jetzt 50 Flyer und informiere deine Nachbarschaft!

Anmeldung und Bestellung:
info@sp-tg.ch, 079 128 36 11

Grossratsgeflüster vom 11. September 2019

Die WEGA-Buttons lagen bereit, die Vorfreude auf die WEGA-Sitzung war in unserer Fraktion jedoch verhalten, denn die Revision des Steuergesetzes stand auf dem Programm.

Die Traktandenliste der letzten Sommersitzung in Frauenfeld ist fragwürdig. Erstmals werden Geschäfte in 2. Lesung und in der Redaktionslesung am gleichen Tag aufgelistet. Dieses Vorgehen ist umstritten, auch in unserer Fraktion.

Es ist heute erstaunlich ruhig im Ratssaal. Wir diskutieren über das Steuergesetz. Unsere Präsidentin Nina Schläfli bringt zwei Anträge ein. Die Erhöhung der Dividendenbesteuerung um 5 % auf 65 % soll die Ausfälle infolge des neuen Gesetzes minimieren. Die bürgerlichen Ratsmitglieder schmettern diesen Antrag geeint ab. Ebenso jenen zu den steuerlichen Abzügen für Krankenkassenprämien, den Nina damit begründete, dass Personen mit hohem Einkommen aufgrund der Progression überdurchschnittlich mehr profitieren würden als der Mittelstand. Dies wird auch vom zuständigen Regierungsrat so bestätigt.



Edith Wohlfender, Kantonsrätin Kreuzlingen

Eine lange Diskussion ergibt sich im Rat über den Steuersatz der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften. Die SP forderte in der Vorberatung mindestens 3,5 %, um die Steuerausfälle in den Kommunen minim zu halten. Sie hat den Antrag der CVP von 3 % zähneknirschend unterstützt. Die Mehrheit des Rates spricht sich jedoch erneut für den Gewinnsteuersatz von 2,5 % für Unternehmen aus.

Komplex gestaltet sich die Diskussion um Beiträge aus den Grundstückgewinnsteuern von Personen, die keiner Konfession angehören. Sollen sie den Kirchgemeinden zufließen, um geschützte Sakralbauten und damit das Landschaftsbild zu erhalten? Schlussendlich wird eine Erhöhung des Anteils der Kirchgemeinden auf 56,5 % beschlossen, der Rest fliesst an den Kanton.

Nach einer eher flauen Diskussion um die Interpellation «Transparenz über Langzeit-Sozialhilfebezügler» mit den altbekannten Voten entbrennt ein Streit um die Ausweisung von Sozialhilfebezügern ohne Schweizer Pass. Regierungsrätin Cornelia Komposch weist darauf

hin, dass erst das neue Gesetz ab 1.1.2019 zulässt, Sozialhilfe-Langzeitbezügler konsequent wegzuweisen. Dies wird für einige Menschen harte Konsequenzen haben.

Um die Mittagszeit wird es nochmals hektisch. Wie eingangs erwähnt, ist es aussergewöhnlich, dass 2. Lesung und Redaktionslesung an derselben Sitzung erfolgen sollen. Das Steuergesetz wird mit 73 Ja zu 38 Nein angenommen, das Behördenreferendum von SP, Grünen, BDP/EDU und der taktisch aufstehenden SVP ergriffen. Die Abstimmung erfolgt im Februar.

Die neoliberale Steuer- und Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit hat einen grossen Haken.

Keine Steuergeschenke an Grossunternehmen!

Die Abstimmung über die massive Senkung der Unternehmenssteuern von 4 % auf 2,5 % wird am 9. Februar 2020 stattfinden. Die SP und die Grünen konnten sich im Grossen Rat gegen die radikale Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen leider nicht durchsetzen. Auch alle Anträge für eine stärkere Gegenfinanzierung und wirkliche soziale Ausgleichsmassnahmen wurden vom rechtsbürgerlichen Parlament abgelehnt. Unmittelbar nach zwei Sparpaketen, die zum Teil mit existenziellen Leistungsabbau verbunden waren, ist nach Ansicht der Regierung und der Ratsmehrheit nun die Zeit für Steuergeschenke an Unternehmen gekommen. Die neoliberale Steuer- und Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit hat einen grossen Haken: Bereits im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III plante der Regierungsrat, die Unternehmenssteuern auf 2,5 % zu senken. Das Thurgauer Stimmvolk lehnte die Unternehmenssteuerreform III ziemlich genau drei Jahre vor der bevorstehenden Abstimmung, am 12. Februar 2017, mit über 59 % NEIN-Stimmen-Anteil ab.

Julian Fitze, Sekretär SP Thurgau



Die erfolgreiche Kampagne von 2017 erinnerte daran, wer unter dem Strich für Steuergeschenke bezahlen muss.

Eine breite Allianz für die Biodiversität

Auch die SP ist dabei. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten entschied sich die Trägerschaft der Initiative «Biodiversität Thurgau», die Sozialdemokratinnen und -demokraten doch noch ins Boot zu holen, nachdem ihnen dies zuvor verwehrt blieb. Die Trägerschaft, bestehend aus kantonalen Naturschutzorganisationen von Pro Natura bis Birdlife und Parteien von Grün bis FDP, hat erkannt, dass auch sie eine gewisse Diversität benötigt, um die Anliegen der Initiative möglichst breit abzustützen. Und diese passen nur zu gut zur SP. Konkret geht es um die Entwicklung einer kantonalen Diversitätsstrategie und drei bis fünf Millionen Franken pro Jahr zusätzlich für Naturschutzmassnahmen.

Damit sollen letztlich die Ökosysteme geschützt werden, die z. B. für die Sauerstoffproduktion, die Bestäubung von Kulturpflanzen oder die Kohlenstoffspeicherung verantwortlich sind. Weitere Verluste von Arten- und Lebensraumvielfalt im Thurgau hätten immense Konsequenzen. Die SP setzt sich dafür ein, dass die seit Mitte des 20. Jahrhunderts stark zurückgehende Biodiversität stärker gefördert werden kann, und hilft tatkräftig beim Sammeln der nötigen Unterschriften. Die Frist läuft noch bis Anfang November.

www.biodiversitaet-thurgau.ch

Ralf Frei, Mitarbeiter Sekretariat SP Thurgau und Gemeinderat Frauenfeld



BUNDESRAT GIBT DER SP THURGAU RECHT

Kinder auf schwarzer Liste verstossen gegen Kinderrechtskonvention!

Am 19. Juni 2019 versenkte der Grosse Rat mit 47:46 Stimmen die Motion von Barbara Kern, welche von ExponentInnen aller Parteien ausser der FDP unterstützt wurde. Die Motion verlangte, dass Kinder nicht mehr auf der «Schwarzen Liste säumiger PrämienzahlerInnen» aufgeführt werden. Wer auf dieser Liste steht, erhält nur Notfallbehandlungen. Sollen Kindern Impfungen, Therapien oder Nachkontrollen vorenthalten bleiben?

Als zweiten Punkt verlangte die Motion, dass diese Kinder bei Volljährigkeit nicht die Schulden für die Krankenkassenausstände zu übernehmen hätten. Diese absurde und höchst ungerechte Regel ist eine mittlerweile anerkannte Gesetzeslücke auf Bundesebene und wird dort geändert. Kinder auf der schwarzen Liste sind jedoch eine Thurgauer Erfindung. Kein anderer der acht Kantone mit schwarzer Liste schreibt systematisch Kinder darauf, kein anderer dieser Kantone schliesst einen höheren Anteil seiner Bevölkerung von der medizinischen Versorgung aus. Der

Kanton Solothurn ist gar im Begriff, die Liste wieder abzuschaffen, weil sie keinen Erfolg bringt.

Nach der Niederlage im Kantonsrat, aber mit der Gewissheit, dass dieser skandalöse Zustand gegen die UNO-Kinderrechtskonvention verstösst, startete die SP Thurgau eine Petition, gerichtet an das Bundesparlament und den Bundesrat. Am 11. September 2019 stellte Nationalrätin Edith Graf-Litscher zu Beginn der Herbstsession in der Fragestunde an den Bundesrat die Frage, ob der Bundesrat die Ansicht der SP Thurgau teile. Bereits am 16. September 2019 antwortete der Bundesrat in aller Deutlichkeit: «Die Praxis des Kantons Thurgau verstösst gegen die Kinderrechtskonvention. [...] Betroffene könnten sich daher vor Gericht darauf berufen.»

Zum Redaktionsschluss stand die Reaktion von Gesundheitsdirektor Jakob Stark noch aus. Für die SP Thurgau ist aber klar: Jetzt muss der Regierungsrat endlich handeln!

Julian Fitze, Sekretär SP Thurgau

Jetzt unterschreiben: Keine Kinder auf «Schwarzen Listen»!

349 people

151 more needed

Stoppen wir diesen skandalösen Zustand.

Jetzt unterschreiben!

Ich bin einverstanden, dass mich die SP Thurgau und die SP Schweiz auf dem Laufenden halten dürfen. Diese Petition wird über [Actionsprout](#) abgewickelt und die Daten werden in den USA gespeichert. [Mehr dazu](#)

Petitionsbogen [herunterladen](#) und offline unterschreiben.

Gesundheitspolitik auf Kosten der Schwächsten? Stopp!



QUARTIERUMFRAGEN

Für viele Thurgauer*innen werden die steigenden Gesundheitskosten zunehmend zum Problem

IM MAI UND JUNI MACHTEN SICH IM THURGAU PARTEIMITGLIEDER UND NATIONALRATSKANDIDIERENDE DER SP AUF DEN WEG IN DIE QUARTIERE. DORT FRAGTEN SIE DIE MENSCHEN IM PERSÖNLICHEN GESPRÄCH, WELCHE THEMEN SIE IN IHREM ALLTAG AM MEISTEN BESCHÄFTIGEN UND WELCHEN SICH DIE POLITIK AM DRINGLICHSTEN ANNEHMEN SOLLTE.



Von Judith Schuck, Campaignerin der SP Thurgau und freie Journalistin



Kantonsrat Turi Schallenberg macht der direkte Kontakt mit der Bevölkerung sichtlich Spass.

Doch die SP interessierte nicht nur, was die Bevölkerung in Zusammenhang mit den nationalen Wahlen am 20. Oktober bewegt. 63 Mitglieder nahmen insgesamt 90 Mal bei einer der Quartierumfragen teil. Daraus resultierten etwa 600 Gespräche in Frauenfeld, Arbon, Romanshorn, Schönenberg, Sulgen, Weinfelden, Kreuzlingen, Tägerwil und Diessenhofen, aus denen sich herauskristallisierte, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger unter dem zunehmenden Verkehr leiden.

Wertvolle Erfahrung für beide Seiten

Zwar herrscht im Kanton allgemein eine grosse Zufriedenheit bezüglich der jeweiligen Wohnorte; doch zu viele Autos, zu wenig Parkplätze und immer mehr Baustellen stören das Leben in den Quartieren. Auch der bezahlbare Wohnraum stand bei vielen ganz oben auf der Sorgenliste. Zudem beschäftigen sich die Thurgauerinnen und Thurgauer mit dem Artensterben und wollen, dass die Biodiversität gefördert wird und nicht zu viele Grünflächen verbaut werden. Einige fordern gar, dass die aktuell im Trend liegenden Steingärten per Gesetz verboten gehören.

Alles in allem war der direkte Kontakt zu den Menschen durch die Quartierumfrage eine wertvolle Erfahrung für beide Seiten. Turi Schallenberg aus Bürglen kandidiert auf der Hauptliste 17 für den Nationalrat und ist Fan des persönlichen Gesprächs mit den Menschen: «Ich hatte viele tolle Gespräche. Die Menschen haben etwas zu sagen. Man muss sich aber die Zeit nehmen, um zuzuhören.»

Es sind vor allem die steigenden Krankenkassenprämien, die der Bevölkerung zu schaffen machen. Denn unter den vier nationalen Wahlkampfthemen der SP – Gesundheit, Klima, Arbeit und Gleichstellung – wählten rund 55 Prozent der Befragten ein gerechtes und bezahlbares Gesundheitssystem als ihr wichtigstes aus. Dabei standen neben bezahlbaren Medikamenten und dem Zugang für alle zu guter medizinischer Versorgung bezahlbare Krankenkassenprämien im Vordergrund. Dies spiegelt auch den gesamtschweizerischen Durchschnitt wider, denn die Umfrage wurde in beinahe allen Kantonen der Schweiz – auch im Tessin und der Romandie – erfolgreich durchgeführt. Mit der «Prämien-Entlastungs-Initiative» möchte die SP in der Bundesverfassung verankern, dass die von den Versicherten zu übernehmenden Prämien höchstens 10 Prozent des Einkommens betragen. Seit Anfang Jahr sammelt sie hierfür Unterschriften.

Besserer Klimaschutz an zweiter Stelle

Gut 20 Prozent der Teilnehmenden im Thurgau wünschen sich ein stärkeres Engagement für den Klimaschutz. Die Themen Arbeit und Bildung sowie Gleichstellung schnitten mit 11 und 12 Prozent in etwa gleich ab.